

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Kollektivschuld oder Schuld des einzelnen?  
**Autor:** Bruderer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093086>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Kollektivschuld oder Schuld des einzelnen?

Die Diskussionen über die Stasi-Akten in Deutschland nehmen zu und beschäftigen immer mehr auch die Öffentlichkeit im Ausland. Auch in der früheren Sowjetunion berichtet die Presse über den Wirbel um die Stasi-Akten, um einzelne Personen und um die in neuer Form entstandene Frage der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Und es fehlt dabei nicht an Hinweisen auf Parallelitäten im eigenen Land, in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Da aber die sowjetische Stasi für ihre Tätigkeit bedeutend mehr Zeit zur Verfügung hatte als die brüderliche Stasi in der DDR und die Zahl der sowjetischen IMs (inoffizielle Mitarbeiter) und der durchaus offiziellen, weil beamteten Funktionäre wesentlich grösser war, hat hier mancher auch reformorientierter und demokratisch gesinnter Bürger Angst vor «Blutrache» und «Hexenjagd». Diese Befürchtungen betreffen nicht nur die Mitarbeiter der Staatssicherheit, sondern auch der Partei-Elite und der ganzen Partei.

## In dieser Nummer

<b>Rationales und Irrationales in der Meinungsbildung</b> . 4	
Zum Grundsätzlichen	
<b>Medien im kalten Krieg</b> . . . . . 7	
Altlasten auch in der Schweiz	
<b>Der Brückenschlag</b> . . . . . 8	
CSFR-Anwälte bei Berner Kollegen	
<b>Minderheiten und Nationalitäten</b> . . . . . 10	
Ian Tickle zum Balkan	
<b>Zur Problematik des Nationalismus</b> . . . . . 11	
Eine polnische Stimme	
<b>Zentralasien auf eigenen Wegen</b> . . . . . 12	
Machtpolitische Verschiebungen möglich	
<b>Unsere Serie</b> . . . . . 14	
Turkmenien	

2

### Schmerzliche Konfrontation mit der Vergangenheit

Es gibt Publizisten, die sogar von «antikommunistischer Hysterie» und «Psychose» sprechen. Andere schreiben zur Beruhigung der Gemüter: «Vergesst doch die KPdSU». Der bekannte Philosoph und Politologe Alexandr Zipko schrieb in der «Komsomolskaja pravda» vom 7. November 1991: «Gott bewahre uns vor der «Hexenjagd». Wenn wir dem Gericht über uns selbst, über unsere moralischen Schwächen das Gericht über die Partei vorziehen, sind wir verloren . . . Der Friede kommt, wenn die grosse Mehrheit der Bevölkerung Russlands ihre eigene Schuld für die Misserfolge des sozialistischen Experiments und für den jetzigen Zusammenbruch des Landes anerkennt.»

Es scheint, dass jene, die vor antikommunistischer Hysterie warnen, selbst hysterisch auf ganz normale, natürliche Reaktionen der Gesellschaft reagieren. Bei aller Hochschätzung des Philosophen Zipko muss man doch feststellen, dass ein Gleichstellen der Opfer und ihrer Henker unmoralisch ist. Und es ist eine Gleichstellung, wenn man über sich selbst zu Gericht geht und die Partei, bitte schön, in Ruhe lässt.

Diese Tendenz der typisch russischen «*mea culpa*» findet man auch bei jenen Schriftstellern, die mit tiefster Überzeugung erklären: «Wir alle, das ganze Volk, sind am Schicksal des Landes, an seinem verbrecherischen System schuldig.»

### Sind sie auch «schuld»?

An dieser Stelle erlaube ich mir eine persönliche Bemerkung:

– Ich kann den russischen Priester, der im Hungerwinter 1932 vor dem Brotladen in Odessa um Brotstücke für die hungernden Kinder seines Dorfes bettelte, für die Kollektivierungspolitik der Partei, die zur Hungersnot geführt hat, nicht verantwortlich machen.

– Ich kann meinen jüdischen Freund, den 19jährigen Dichter, der im «Finnischen Winterkrieg» 1939 gefallen ist, für diesen

Krieg, der gleich unnötig und verbrecherisch war wie der Afghanistankrieg, nicht verantwortlich machen.

– Ich kann den Krimtataren, der im Internierungslager Gurnigelbad 1945 nach seiner Flucht aus einem deutschen Arbeitslager den verständnislos zuhörenden schweizerischen Bewachern erklärte, er wolle lieber sterben als sich repatriieren lassen, weil seine Familie aus der Krim nach Sibirien deportiert worden war, nicht für seine Heimatflucht verantwortlich machen.

Verehrter Herr Zipko, zwischen der Verantwortung der Verantwortlichen und der Hexenjagd besteht doch ein Unterschied. Die Anhänger der These «Das ganze Volk trägt die Schuld» vergessen, dass es keine kollektive Schuld gibt, weil es kein kollektives Gewissen gibt. Besonders unerträglich wird es, wenn man die kollektive Schuld der Partei (mit Millionen Mitgliedern) verneint, die kollektive Schuld des Volkes aber bejaht und sogar propagiert.

### Es geht um Lehren für die Zukunft

Die Resolution des kürzlich stattgefundenen Anwaltskongresses Russlands enthält eine Bestimmung «über das Recht der Bürger der Russischen Föderation auf freien Zugang zur Information betreffend ihrer Dossiers in den Archiven des früheren KGB der Sowjetunion». Beim ganzen Fragenkomplex der Offenlegung der Archivdokumente und der Feststellung der persönlichen Rolle und Schuld einzelner Funktionäre geht es nicht nur um ethische Grundsätze und nicht nur um Rechtsfragen, sondern um die aktuelle Situation und Politik in den GUS-Republiken. Es geht darum, ob aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gezogen werden, die eine Wiederholung unmöglich machen würden.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die SED ohne Wiederbelebungsansichten zusammengebrochen ist, gibt es in den GUS-Staaten deutliche Anzeichen eines möglichen Auferstehens der früheren Machtstrukturen und Machtprinzipien in Form des Neokommunismus oder Neobolschewismus. Zur Hauptsache sind es die gestrigen Parteikaderleute, die ihre Betriebs-, Rayons- und

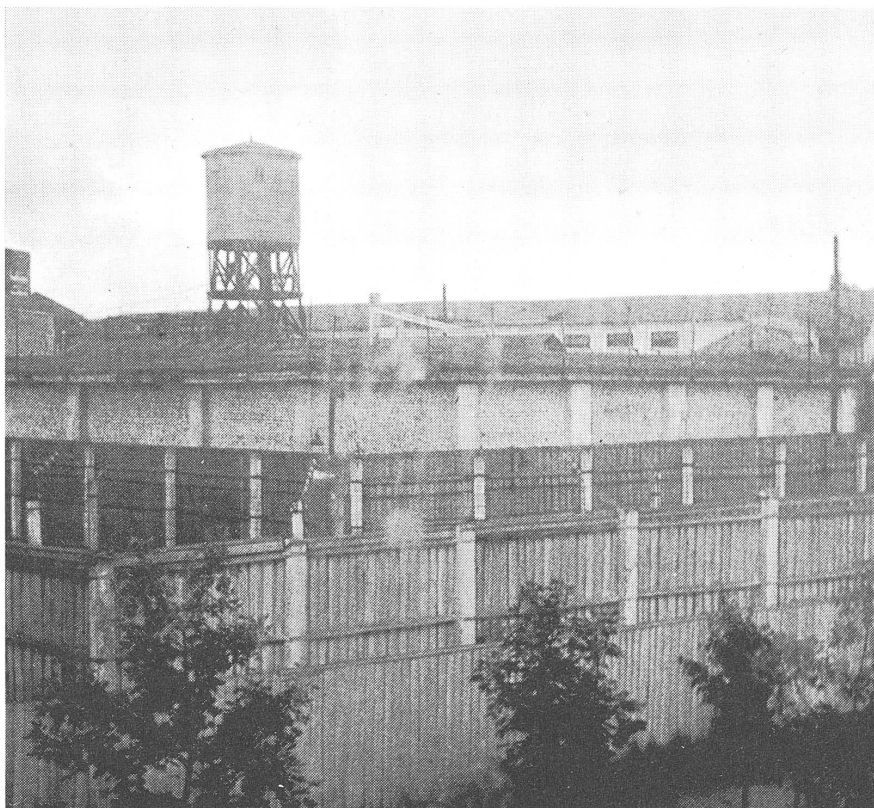
Gebietskomiteesessel nicht vergessen können und heute zusammen mit ihrem Stil, ihren Gewohnheiten und Machtgelüsten in den undurchsichtig verzweigten Strukturen der neuen Verwaltungsorgane sich versteckt halten. Und an der Peripherie, in den nationalen Republiken, sind es die früheren Parteibonzen, nationalistisch gefärbt und notdürftig demokratisch getarnt.

### Anfälligkeit für totalitäre Tendenzen

Der Nährboden für solche Sumpfpflanzen besteht, und das «Gespenst des Kommunismus» geht zwar nicht in Europa, aber in Russland um. Begünstigt wird diese Entwicklung durch Randbedingungen wie: keine sichtbaren Erfolge der Privatisierung und der Wirtschaftsreformen, psycholo-

gische Frustration wegen des Verlusts der Grossmachtstellung, Verlust der staatlichen Identität, Nationalitätenkonflikte, fehlende Vision und fehlender Glaube an eine Besserung.

Unter diesen Umständen wachsen restauratorische oder gar faschistoide Ideen, Gruppierungen und Bewegungen. Ihnen allen gemeinsam sind deutliche Feindbilder und leere Versprechungen. In den früheren Sowjetrepubliken hat man nicht nur mit der Vergangenheitsbewältigung, sondern auch mit der Gegenwartsinterpretation Mühe. Es werden Stimmen laut, die inhaftierten Putschführer freizulassen, weil sie «schon viel gelitten haben, nicht mehr gefährlich und kranke, alte Leute sind». Ist das die russische Variante der Nächstenliebe oder gewöhnlicher Schwachsinn? ■



Das Frauen- und Kinderlager in Minsk: Symbol für die zahllosen Opfer des Sowjetsystems (aufgenommen 1978; aus: «The First Guidebook to Prisons and Concentration Camps of the Soviet Union», 1980).

## LIEBE LESER

Vernunft ist eng gekoppelt mit Erfahrung. Das ist eine Binsenwahrheit. Und die Ratio ist Voraussetzung für vernünftiges Handeln. Trotzdem wird dieses auch bestimmt durch Leidenschaft und Emotion. Und das gilt auch in der Politik. Das erleben wir derzeit hautnah mit, wenn es um die Stasi-Vergangenheitsbewältigung in Deutschland geht. Inoffizielle Mitarbeiter werden enttarnt, Spitzel und Denunzianten an den Pranger gestellt – mit Recht, wenn sie freiwillig mitarbeiteten und damit das Regime mit zu dem machten, was es war: ein Unrechtsregime.

1981 im Kreise ehemaliger DDR-Dissidenten: Sie alle hatten ihre Inhaftierung der Denunziation von Freunden und Kollegen zu «verdanken». Auf die erschütternde Frage, ob denn die Deutschen ein Volk von Denunzianten seien, meinte ein Dissident: «Was würdest du denn tun, wenn du in einem Café zufällig die Tiraden eines Regimekritikers mitbekämst und du damit rechnen müsstest, am nächsten Tag verhaftet zu werden, weil du ihn nicht angezeigt hast? Woher die Stasi das weiss? Der «Regimekritiker» war Stasi-Provokateur.»

Die Frage nach individueller und kollektiver Schuld stellt sich. Aber wirklich nur in den ehemaligen kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas? Tragen nicht auch diejenigen eine Mitverantwortung, die zum Unrechtssystem geschwiegen, sich mit ihm arrangiert, vielleicht auch Geschäfte gemacht und damit das Unrechtsregime gar gestärkt haben – hüben wie drüben?

Vor fünfzig Jahren haben sich Menschen der Mitschuld oder Mitverantwortung entziehen wollen, indem sie Nichtwissen geltend machten. Das mag im einen oder anderen Fall sogar zutreffen. Heute aber, im Zeitalter der grenzüberschreitenden Kommunikation, ist die Möglichkeit des Wissens gegeben, das Wollen ist allerdings Voraussetzung dazu.

Professor Koblet schreibt in seinem Beitrag über das Rationale und das Irrationale in der Meinungsbildung, die empirische Erfahrung entscheide darüber, ob ein System in Legalität und Moralität eingebunden werden könne. Haben wir da nicht sogar die Pflicht des Wissens, um die Frage der Kollektivschuld künftig nie mehr beantworten zu müssen?

Monika Scherrer